bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 11 | 22. Mai 2008

Rechte Szene 2

Altbekannte Kader
Zahlreiche NPD-Kandidaten für die Kommunalwahl im hohen Norden sind seit langen Jahren in der Szene aktiv. Einige unter ihnen haben bereits mit der Justiz Bekanntschaft gemacht.

Machtkämpfe
Interne Querelen bestimmen das Erscheinungsbild der NPD vor dem Parteitag in Bamberg. Die sächsische NPD hat anscheinend ihre führende Rolle verloren.

Im Visier von Neonazis
Morddrohung gegen Bocholter Gewerkschafter.

Ideologischer Hass
Israel ist Feinbild der extremen Rechten. Neben unsäglichen Diffamierungen wird zum Teil auch offen zur Gewalt gegen den jüdischen Staat aufgerufen.

Auf Kurs halten
„Hier&Jetzt", das Theorieorgan der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten, hat eine neue Chefredakteurin.

Verfassungsschutz 8

Militantes Potenzial
Die NPD baut ihre Führungsrolle im rechtsextremen Spektrum aus.

Grauzone 9

Geschichtsmanipulation
Die „Junge Freiheit" deutet eine Studie zur sowjetischen Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg als Beleg für die Präventivkriegsthese um.

Demokratische Initiativen 10

Schnelle Hilfe
Ein neues Projekt bietet Online-Beratung gegen Rechtsextremismus an.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Kostspieliges Monster
Im Juni vor 70 Jahren haben die Nazis mit dem Bau des gigantischen Westwalls begonnen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Altbekannte Kader

Zahlreiche NPD-Kandidaten für die Kommunalwahl im hohen Norden sind seit langen Jahren in der Szene aktiv. Einige unter ihnen haben bereits mit der Justiz Bekanntschaft gemacht.

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am Sonntag, den 25. Mai strebt die NPD in drei Kreisen und in der Landeshauptstadt Kiel Mandate an. Gemeinsam mit der DVU und Vertretern aus den Reihen Freier Nationalisten hat die Partei 102 Listenbewerber auf die Beine gestellt. Eine landesweite Kandidatur hat die NPD allerdings nicht realisieren können. So bündelt sie ihre Kräfte und verzichtet beispielsweise auf Stimmen in Lübeck und Neumünster, wo durchaus eine aktive rechte Szene anzutreffen ist.

Im Kreis Herzogtum-Lauenburg ist Kay Oelke Spitzenkandidat der Nationaldemokraten. Er fungierte bereits einmal als Landeschef der so genannten Schill-Partei. Auffällig: In der Kandidatenliste sind gerade zwei Bewerber jünger als 30 Jahre. Im Kreis Ostholstein schickt man mit Marcus Tietz aus Ahrensbök einen Spitzenkandidaten ins Rennen, der bei vielen Aufmärschen der rechten Szene dabei ist. Mit ihm kandidieren auch noch andere Familienangehörige. Ahrensbök stellt zugleich eine kleine Hochburg dar, kommen doch gleich sieben Bewerber aus dem Ort. Aus dem Kreisgebiet sind diverse Aktivitäten im Umfeld der verbotenen Strukturen von „Blood&Honour" sowie „Combat 18" bekannt. Da wird dann auch öfters mal auf Bauernhöfen eine Party mit Gesinnungsgenossen gefeiert, wie in Prozessaussagen bekannt wurde. Ob in Cismar, Grube, Bad Malente, Neustadt oder Röbel – eine junge Neonaziszene hat sich schon lange in dieser Region etabliert.

Im Kreis Nordfriesland heißt der Spitzenkandidat Kevin Stein. Er ist Kopf der dortigen NPD, nachdem er zuvor die Kameradschaft Nordfriesland auf die Beine gestellt hatte. Dem 23-jährigen Kader steht Arne Kaehne zur Seite, der bereits im Vorjahr für den Posten als Landrat kandidierte. Die auf Sylt lebende 70-jährige Renate Köhler saß von 1992 bis 1996 als DVU-Abgeordnete im Kieler Landtag, ist stellvertretende DVU-Landesvorsitzende und gehört dem Bundesvorstand ihrer Partei an. Jetzt sammelt sie unter dem NPD-Label Stimmen.

Eine schillernde Figur unter den Mandatsbewerbern ist der Tönninger Jürgen Töpke (Jahrgang 1959). Informationen der „taz" zufolge war er 1978 beteiligt, als in Husum ein britisches Militärfahrzeug von Neonazis überfallen wurde. Ursprünglich wohl scharf auf Waffen, waren den Tätern jedoch Papiere und Dokumente der Nato in die Hände gefallen. Tönning und Umgebung war bereits in den 80er Jahren eine Gegend mit regen NPD-Aktivitäten.

„Ruf des Nordens"

In Kiel führt der 54-jährige Hermann Gutsche die NPD-Liste an. Er fehlt auf fast keinem Neonaziaufmarsch, war beispielsweise in Hamburg am 1. Mai mit dabei. Das trifft auch auf Roland Fischer zu, der dem NPD-Kreisvorstand angehört und neuerdings im Landesvorstand mitwirkt. Kandidat ist außerdem der wegen Körperverletzung verurteilte Peter von der Born, der über Jahre Kontakte zu Freien Nationalisten pflegte. Er war lange Zeit bei Parteitreffen als NPD-Ordner aktiv. Vor Jahren wurde er bereits gesehen, wie er im von Neonazis aufgebauten Fitnessverein Athletik Klub Ultra in Neumünster ein und aus ging. Mit ihm lebt die Studentin Katharina Schubert zusammen, die auch dem NPD-Kreisvorstand angehört und Listenplatz zwei belegt.

Ein weiteres schillerndes Pärchen auf dem Kieler Kandidatenzettel sind die Zwillingsbrüder Lars und Filip Jochimsen. Sie sind wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Einbruch und illegalen Waffenbesitzes in Erscheinung getreten und rechtskräftig zu einer einjährigen Jugendstrafe verurteilt worden. Aktuell hat die Staatsanwaltschaft wieder Anklage gegen sie erhoben, weil sie einen Türken zusammengeschlagen haben sollen.

Ebenfalls Kandidat ist Matthias Lehnecke – in Justizkreisen kein „Nobody". Bei ihm stehen Verurteilungen wegen Haus- und Landfriedensbruch genauso zu Buche wie wegen Volksverhetzung. Er betreibt den Internet-Versand „Ruf des Nordens", der sich mit seiner Produktpalette von Musik und Textilien an die rechtsextreme Szene richtet.

Horst Freires

25. Jahrgang | 11 | 22. Mai 2008

Machtkämpfe

Interne Querelen bestimmen das Erscheinungsbild der NPD vor dem Parteitag in Bamberg. Die sächsische NPD hat anscheinend ihre führende Rolle verloren.

Eigentlich hatte sich die NPD bei ihrem Parteitag in diesem Frühjahr ein neues Programm geben wollen. Doch es kam anders. Die Probleme, in denen die Partei steckt, ließen sich nicht mehr beschweigen und vertagen. Der Programmparteitag, eigentlich bereits für Oktober 2007 geplant, wurde erneut verschoben. Statt dessen werden die Delegierten am 24. und 25. Mai in Bamberg eine (Zwischen-)Bilanz der zwölfjährigen Amtszeit von Parteichef Udo Voigt ziehen, sich mit der Finanzkrise der Partei und ihren internen Querelen befassen und einen neuen Vorstand wählen.

Schon manche Nachrufe sind in den letzten Monaten auf Voigt verfasst worden. Und manch einer, der sich zu Höherem berufen fühlt, brachte sich selbst als Voigt-Nachfolger ins Gespräch oder ließ von anderen seinen Namen in die Nachfolgedebatte bringen. Udo Pastörs wurde genannt, Andreas Molau und sogar Holger Apfel. Unter der Hand wurden Voigts Defizite ausgebreitet, seine limitierte Rhetorik oder die Tatsache, dass er die Partei nicht wirklich führt, sondern zum Lavieren neigt. Doch diese Schwächen sind zugleich seine Stärken, verglichen mit den potenziellen Konkurrenten. Das rhetorische „Talent" eines NPD-Chefs Pastörs wäre eine Garantie dafür, dass die Verbotsdebatte wieder aufleben würde. Dass Andreas Molau, der gerade einmal seit eineinhalb Jahren dem Parteivorstand angehört und dem immer noch viel Lehrerhaftes anhängt, jetzt schon in der Lage wäre, die NPD zu führen, wird weithin bezweifelt. Apfel schließlich hat sich über die Jahre viele Feinde gemacht und den Ruf erworben, es gehe ihm vorrangig um Karriere. Anders als Udo Pastörs oder Holger Apfel scheint Udo Voigt in der Lage, die Partei von ihrem auf „Bürgerlichkeit" bedachten Flügel bis hin zum radikaleren Lager zusammenzuhalten.

In seiner Amtszeit zog die Mitte der 90er Jahre am Boden liegende NPD wieder in zwei Landtage ein. Die NPD wurde nicht nur die aktivistischste der Rechtsaußen-Parteien, sondern im vorigen Jahr vor DVU und Republikanern auch zur mitgliederstärksten. Aber diese Erfolge haben Hoffnungen geweckt, die nicht umsetzbar waren. Wahlerfolge im Westen blieben aus. Gerade einmal um 200 Mitglieder legte die NPD 2007 zu. Dabei verschoben sich auch parteiintern die Gewichte. Sachsen, lange Zeit Vorzeige-Landesverband, verzeichnete eine um 150 auf 850 schrumpfende Mitgliederzahl. Die Sachsen-NPD, die für einige Zeit das eigentliche Machtzentrum der Partei zu sein schien, verlor an Bedeutung im internen Gefüge. Das Selbstbewusstsein, mit dem sich Pastörs und sein Pressesprecher Molau zeitweise als denkbare Voigt-Nachfolger präsentierten, ist ein Beispiel dafür, dass es auch ohne Sachsen gehen kann.

Nachverhandlungen beim Deutschland-Pakt mit der DVU

Klar war, dass sich Voigt im Vorfeld des Parteitags bewegen musste, um Kritiker zu besänftigen. In der Diskussion über den Deutschland-Pakt hat er das unter dem Druck der parteiinternen Verhältnisse getan. Ende April kündigte er Nachverhandlungen in Sachen Thüringen an. Zugleich will er aber an seiner Linie festhalten, dass die NPD vertragstreu bleiben müsse. Tritt DVU-Boss Gerhard Frey Thüringen bei der Landtagswahl 2009 nicht an die NPD ab, will Voigt – jedenfalls bislang – einen Konflikt mit der Deutschen Volksunion vermeiden. Um Konfliktreduzierung hatte sich Voigt auch in der Diskussion über das Verhältnis zu Rechts-„Autonomen" bemüht. Zwar hatte er Mitte August 2007 die scharfe Erklärung gegen „anarchistische Erscheinungsformen" mitgetragen, aber schon einen Monat später im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl wieder den Schulterschluss gesucht. Zumal nach den Ausschreitungen am 1. Mai dieses Jahres in Hamburg besteht aber in der NPD weiterer Klärungsbedarf, hatten doch mit Jürgen Rieger und Thomas Wulff zwei Mitglieder des Bundesvorstands ganz offen gemeinsame Sache mit dem rabiat-braunen „Schwarzen Block" gemacht.

Zum Problemfall wurde auch jener Landesverband, bei dem die Delegierten am Wochenende zu Gast sind. Die bayerische NPD, inzwischen der größte Landesverband, scheint zutiefst zerstritten. Eigentlich sollte am 7. Juni mit einem „NPD-Bayerntag" im schwäbischen Günzburg in den Landtagswahlkampf gestartet werden. Doch parallel wird auch ein „Nationaler Frankentag" ange-

kündigt, mitinitiiert vom unterfränkischen Bezirksvorsitzenden Uwe Meenen. Was vordergründig wie folklorehafte bayerisch-fränkische Zwistigkeiten aussieht, birgt politischen Zündstoff. So kündigten die Veranstalter des „Frankentages" zunächst – womöglich, ohne deren Zusage zu haben – als Redner mit Jürgen Rieger, Udo Pastörs und Thomas Wulff drei Vertreter des radikaleren Parteiflügels an, während der „Bayerntag" mit Holger Apfel und Sascha Roßmüller aufwartet, die sich öffentlich gemäßigter geben. Hintergrund des Streits ist die Frage, wie weit NPD-Funktionäre Kontakt zum polizeilichen Staatsschutz oder gar zum Verfassungsschutz halten dürfen. Die Franken werfen schwäbischen Funktionären vor, zu eng mit Polizei und/oder Geheimdienst verbandelt zu sein. Der bayerische Landesvorstand hat sich auf die Seite der Schwaben gestellt; er soll Meenen den Rückzug aus dem Landesvorstand oder gar den Austritt nahegelegt haben. Zum Parteitag bringt der Bezirk Mittelfranken einen Antrag ein, demzufolge „jeglicher Kontakt zu Staats- und Verfassungsschutzstellen von Seiten der Mitgliederschaft sofort einzustellen ist".

Nicht zuletzt wird sich der Parteitag mit den Finanzen befassen. Vier Tage vor dem Bamberger Treffen entschied das Berliner Verwaltungsgericht, dass die Bundestagsverwaltung zu Recht von der NPD 870 000 Euro zurückgefordert hatte, weil der frühere thüringische Schatzmeister falsche Spendenbescheinigungen ausgestellt hatte. Damit nicht genug, dürften manche Delegierten Aufklärung darüber verlangen, was der Parteichef von den undurchsichtigen Finanztransaktionen seines Schatzmeisters Erwin Kemna gewusst hat. Kemna, vom Parteiamt „beurlaubt", sitzt seit Februar in U-Haft, weil er die NPD um 627 000 Euro erleichtert haben soll. Stephan Köster soll die Nachfolge des 57-Jährigen antreten. Ob Ulrich Eigenfeld (60), der in seinem niedersächsischen Landesverband faktisch entmachtet ist, und Doris Zutt (52), die nach der Bildung des Rings nationaler Frauen nicht mehr als „Vorzeigefrau" gebraucht wird, in den Vorstand zurückkehren, ist fraglich. Gegenwind bei der Vorstandswahl dürfte auch Thorsten Heise spüren, einer der zuvor parteifreien Neonazis, die 2004 zur NPD gestoßen waren. Durch übermäßigen Einsatz für die Partei ist er nicht aufgefallen, eher durch das Schüren von Intrigen.

Tomas Sager

Im Visier von Neonazis

Morddrohung gegen Bocholter Gewerkschafter.

Das Video auf der Internetplattform „You Tube" hatte eine Länge von knapp drei Minuten, Für den Bocholter Gewerkschafter Rainer Sauer bedeutete es eine große Bedrohung. Schließlich war dort zunächst sein Konterfei zu sehen. Dann wurde ein Maschinengewehr eingeblendet. Auf dem Drohvideo, das am 10. Mai ins Internet gestellt und einige Tage später nach Protesten wieder entfernt wurde, war eine Fahne mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand. Aktionsgruppe Bocholt" zu sehen, die Eingabedaten lauteten „NSBocholter". Im Hintergrund hörte man rechtsextreme Musik.

Der 51-jährige Gewerkschafter Sauer erstattete Anzeige. In einer Pressemeldung nannte er das Drohvideo den „traurigen Höhepunkt einer Hetzkampagne" der Neonazis. Sauer ist Mitbegründer und ehemaliger Sprecher der Bürgerinitiative „No Nazis" – Bocholt stellt sich quer". Die Angriffe hatten begonnen, nachdem die Bürgerinitiative zu Protesten gegen einen am 19. Mai 2007 geplanten Informationsstand der NPD aufgerufen hatte. Obwohl die Zeit für die Gegenmobilisierung kurz war, beteiligten sich an einer Kundgebung gegen die NPD mehr als 500 Menschen. Schon in der Vorbereitungsphase begannen die „Anti-Antifa"-Aktivitäten. So bedrohten zehn Neonazis die Teilnehmer eines Vorbereitungstreffen der Initiative vor einer Gaststätte. Nach der Kundgebung begannen die gezielten Angriffe gegen Sauer und seine Familie. Das Wohnhaus wurde mit rohen Eiern beschmutzt, in den Briefkasten Küchenschaben geworfen.

Nachdem die Bürgerinitiative gegen eine für den 8. September 2007 geplante Neonazi-Demonstration in Bocholt zu mobilisieren begann, nahmen die Drohungen gegen Sauer zu. Am 24. November umstellten etwa zehn Neonazis das Auto des Gewerkschafters und bedrohten ihn und seine Frau. Nur durch lautes Hupen konnte das Ehepaar die Nachbarschaft aufmerksam machen und die Neonazis zur Flucht veranlassen. In den Morgenstunden des 12. Januar 2008 umkreiste ein Trupp von Rechtsextremisten, unterstützt von einem Autokorso mit brauenr Musik, das Haus der Sauters.

Peter Nowak

Ideologischer Hass

Israel ist Feinbild der extremen Rechten. Neben unsäglichen Diffamierungen wird zum Teil auch offen zur Gewalt gegen den jüdischen Staat aufgerufen.

In diesen Tagen feiert der Staat Israel seinen 60. Geburtstag. Israel ist schlechthin das Hassobjekt der deutschsprachigen extrem rechten Szene. Israel und „die Juden" sind in rechtsextremen Kreisen ein Synonym. Rechtsextremisten meinen nicht das „Heilige Land" oder den Staat Israel, ihr Angriff gilt den Juden als solchen. Antisemitische Mythen von Konspiration, Verrat und Weltherrschaftsstreben lassen sich über den Umweg der Kritik an Israel untabuisiert äußern. Antizionistischer Antisemitismus zeige sich, so Armin Pfahl-Traughber, Professor an der Fachhochschule des Bundes, „in der rigiden Ablehnung der Innen- und Außenpolitik des Staates Israel". Es geht, so Pfahl-Traughber, „um die besondere ideologische Verzerrung und pauschalisierende Diffamierung des jüdischen Staates, die sich ebenfalls traditioneller antisemitischer Stereotype bedient und sie in der Kommentierung aktueller politischer Geschehnisse zur Anwendung bringt. Um nicht den Eindruck eines öffentlich stigmatisierten Antisemitismus zu erwecken, nutzen dessen Apologeten häufig das Schlagwort 'Antizionismus'."

„Ran an den Feind, Bomben auf Israel!"

Rechtsextremisten hetzen gegen Israel in Musiktiteln, Reden, Artikeln und Büchern, per Kleidung und auf Demonstrationen. Kultstatus in Neonazi-Kreisen haben die Hetzsongs „Israel" und „Ran an den Feind". In dem Lied „Israel" der Band „Hassgesang" heißt es: „Israel ist für Mord und Raub bekannt. Kleine Kinder werden dort verbrannt. Habt Ihr den wahren Feind erkannt? Nehmt die Waffen in die Hand. Die beste Lösung sei genannt: Vernichtet dieses Land!" Im Lied „Ran an den Feind" der als kriminelle Vereinigung verbotenen Band „Landser" texten die Neonazis um das NPD-Mitglied Michael Regener: „Kamerad, Kamerad, unsere Sturzkampfbomber starten. Kamerad, Kamerad, es lautet der Befehl: Ran an den Feind, Bomben auf Israel! Wir stellen die Auserwählten zum letzten entscheidenden Schlag. Wir halten Gericht, ihre Weltmacht zerbricht, das wird unser stolzester Tag!" Ihren Hass auf Israel tragen Neonazis auch demonstrativ zur Schau. T-Shirts mit Aufdrucken wie „Keine Waffen für Israel! Fight Zionism!" sind Szene-Renner. Im Sommer 2007 teilte der Neonazi-Versandhop „Resistore" in Dortmund seinen Kunden mit: „Endlich gute Nachrichten. Die Sturmhauben, die Fahnen und das Pfefferspray sind heute angekommen. Wie uns unser T-Shirt-Drucker mitteilte, wurden die 'Keine Waffen für Israel'-Shirts ... heute an uns rausgeschickt."

„Internationale Völkermordzentrale"

Bei Demonstrationen schreien Neonazis ihren Hass auf Juden und den Staat Israel frei heraus. Auf einer Demonstration von „Freien Kräften" und der NPD am 1. Mai dieses Jahres in Hamburg skandierten Neonazis die Parole „Nie wieder Israel!". Unter dem Motto „Keine Solidarität mit Israel – Landraub ist Völkermord" marschierten am 29. März rund 100 Neonazis in Dortmund auf. Am Ostermontag mischten sich Dortmunder Neonazis mit dem Transparent „Keine Waffen für Israel" kurzzeitig unter die Demonstranten des Ostermarsches. Bei einem NPD-Aufmarsch am 13. Oktober 2007 in Neuss hieß es „Israel – internationale Völkermordzentrale" sowie „Israel – Schurkenstaat – Wir haben dich zum Kotzen satt". Am 21. Juli 2007 marschierten NPD`ler und der „parteifreie Widerstand" durch Krefeld. Die Demonstration fand unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Deutsche – Gegen Inländerfeindlichkeit" statt. Skandiert wurde „Nie wieder Israel". Parolen wie „Juden raus aus deutschen Straßen!" und „BRD, Judenstaat wir haben dich zum Kotzen satt!" wurden bei einem NPD-Aufmarsch am 7. Juli 2007 in Frankfurt gerufen.

Ein Dutzend schwarz gekleidete Neonazis störte am 3. Mai vergangenen Jahres vor der Feldherrenhalle in München eine Veranstaltung zum „Israel-Tag". Die Neonazis grölten im Chor „Juden raus – aus Palästina!". Ein Neonazi trug eine iranische Fahne und zeigte den Hitlergruß. Die Polizei nahm neun Beteiligte vorübergehend fest, wobei einer der Festgenommenen „Judenschweine, verpisst euch doch!" rief. Am 22. Juli 2006 führten die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) im niedersächsischen Verden eine Kundgebung unter dem Motto „Nein zu Multikulti – Verden ist unsere Stadt" durch. Nach Beendigung der Kundgebung wurde in Anwesen-

heit des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt dann „Israel – internationale Völkermordzentrale“ skandiert.

Im Juli 2006 hatte der bekannte Rechtsextremist Axel Heinzmann vor seiner Wohnung im schwäbischen Wannweil ein Plakat aufgehängt. Auf dem Plakat hieß es: „Jüdische Landräuber. RAUS aus Libanon, Gaza ... USrael. RAUS aus den Islam-Ländern“. Auf der Rückseite des Plakates stand: „Islam-Länder dem Islam! Deutschland den Deutschen!“ Die Zwei-Monats-Schrift „Lebensschutz-Informationen – Stimme des Gewissens“, das Organ des kürzlich verbotenen Vereins „Collegium Humanum“ aus Vlotho, diffamierte in ihrer Ausgabe 4/2006 „Juden als Landräuber auf fremder Scholle“. Juden, so der Text, „drangsalieren seit Jahrzehnten die rechtmäßigen Bewohner ... Es müsste eine Erlösung sein, wenn die Verzweiflungstaten der Palästinenser aus Notwehr endlich die Wiederherstellung rechtlicher Verhältnisse im Heiligen Land zeitigen – nicht nur für die Palästinenser. Wir Deutsche sitzen, was unseren Landesverlust und unsere Entrechtung anbetrifft, im gleichen Boot mit Palästina.“ In der Postille „Euro-Kurier“ aus dem Hause des geschichtsrevisionistischen Grabert-Verlags hetzte der in Südafrika wohnhafte deutsche Rechtsextremist Claus Nordbruch im Herbst 2007: „Israel ist ein rassistischer und expansionistischer Staat, eine imperialistische und aggressive Militärmacht.“

„USrael. raus aus den Islam-Ländern“

Den „Salzburger Nachrichten“ vom 7. August 2006 zufolge verstieg sich der steirische FPÖ-Chef Gerhard Kurzmann zu folgender Aussage: „Der Judenstaat muss endlich erkennen, dass sich die zivilisierte Staatengemeinschaft von Staatsterroristen nicht länger auf der Nase herumtanzen lässt.“ Der österreichische Rechtsextremist Richard Melisch, ein Dauerreferent in NPD-Kreisen, gab sich bei einer NPD-Veranstaltung am 2. April im „Nationalen Freizeit- und Kulturheim“ zur Alten Mühle im rheinland-pfälzischen Kirchheim der Hoffnung hin, „dass die Israelis aber im Gegensatz zu den Palästinensern viel zu wenige Kinder haben und dass die Israelis deshalb Palästina nicht werden halten können.“

Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt war im September 2006 im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ zu lesen, dass „das zionistische Israel“ mit seinen Angriffen auf libanesische Zivilisten dokumentiert, „was in der westlichen Presse so vage mit Rassismus betitelt wird.“ Weiter hieß es in der „Deutschen Stimme“: „Israel ist unter seinem Ministerpräsidenten Olmert das einzige Land, das im Schutze historischer Halbwahrheiten Menschenrechtsverletzungen begehen kann ... Der Libanon wird nur ein Etappenziel für die machthungrige zionistische Elite sein, die ihren wahnhaften Auserwähltheitstraum auf Kosten des Lebens von Kindern und Frauen träumt.“

„Amerikaner und Israelis sind wie Hund und Schwanz“

Harald Neubauer, Mitherausgeber der rechtsextremen Strategiezeitschrift „Nation&Europa“, griff im Mai 2004 Israel und die USA in seinem Blatt massiv an und unterstellte ihnen einen gemeinsamen Drang zur Weltherrschaft: „Während in Deutschland unablässig über die Gefahr des Antisemitismus lamentiert wird, macht Israel Nägel mit Köpfen – Sargnägel. Wer sich der Expansion des jüdischen Staates ernsthaft in den Weg stellt, wird liquidiert. Sanktionen haben die Täter nicht zu fürchten. Denn die in der UNO zum Kaffeekränzchen versammelte ‘Weltgemeinschaft’ unterliegt dem Veto der US. ... Amerikaner und Israelis sind wie Hund und Schwanz, wobei man in diesem Fall nicht so genau weiß, wer mit wem wedelt ... Ihre Achse des Bösen darf eines auf keinen Fall werden: Antriebswelle einer neuen Weltordnung.“

„In Washington und New York sitzen die Todfeinde der Völker“

Ins gleiche Horn posaunte der NPD-Funktionär und NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel im Mai 2005: „In Washington und New York – ob hier etwa der Schwanz Israel mit dem Hund USA wedelt oder nicht, sei dahingestellt – sitzen daher die Todfeinde der Völker. Sein oder Nichtsein der Deutschen, Europäer und aller anderen Völker hängt davon ab, ob sie den Willen und die Kraft haben, sich zu entamerikanisieren und zu renationalisieren.“ Die Strategie ist offensichtlich: Letztendlich sei also irgendwie durch Israel die Existenz der Deutschen bedroht. (Jürgen Gansel, Erklärung „zu Wesen und Wollen der ‘Dresdner Schule’“ vom 3. Mai 2005).

Anton Maegerle

Auf Kurs halten

„Hier&Jetzt", das Theorieorgan der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten, hat eine neue Chefredakteurin.

Bereits in der letzten Ausgabe des Theoriemagazins „Hier&Jetzt" der Jungen Nationaldemokraten (JN) Sachsen kündigte deren bisheriger Chefredakteur Johannes Nagel den Rückzug von dem Posten an. Mit der aktuellen zehnten Ausgabe ist nun klar, dass mit Angelika Willig eine promovierte Philosophin das ambitionierte Projekt fortsetzen soll.

Angelika Willig, Jahrgang 1963, war längere Zeit Redakteurin der rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit", bis sie sich in Richtung NPD verabschiedete. Seitdem schreibt sie nicht nur regelmäßig für das rechtsextreme Blatt „Nation&Europa" (NE), sondern auch für die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" (DS). Willig soll nun also als Chefredakteurin das JN-Theorieorgan „Hier&Jetzt" auf Kurs halten. Im Editorial begründet sie dabei die aktuelle Schwerpunktsetzung des Hefts, das ganz dem Literarischen gewidmet ist, wie folgt: „Wir sind der Widerstand! Wir brauchen Bücher, die sensibel und nachdenklich machen und schön sind. Denn radikal sind wir selber."

So widmet denn auch Robert Waldstetter dem wahren Literatentum einen umfangreichen Text, während sich Arne Schimmer den Dichter Rolf Schilling vornimmt. Von beiden wird die Gegenwart als Zeit der Dekadenz und Verunmöglichung künstlerisch hochstehenden Anspruchs interpretiert. Der ehemalige „Hier&Jetzt"-Chefredakteur Johannes Nagel erinnert an den Autor Edwin Erich Dwinger.

Das eigentliche Schwerpunktthema der Ausgabe ist jedoch eine unausgesprochene Auseinandersetzung des JN-Spektrums mit dem Wochenblatt „Junge Freiheit" (JF) und dem Institut für Staatspolitik (IfS). Dies ergibt sich nicht nur aus der bloßen Gegenwart der neuen Chefredakteurin, sondern auch aus mehreren Beiträgen. So wird dem ebenfalls ehemaligen JF-Redakteur und heutigem Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern Andreas Molau, wie schon in der ersten Ausgabe ein ausgiebiges Interview gewährt, was dieser prompt zur harschen Abgrenzung nutzt. Er wirft JF und IfS Anpassung ans „System" und „intellektuelle Selbstbefriedigung" vor.

In einem weiteren Beitrag arbeitet sich auch der ehemalige Redakteur der DS und heutige „altermedia"-Autor Jürgen Schwab an einem großen Teil der politischen extremen Rechten ab. Schwab, der schon seit Jahren darum bemüht ist, die strukturalistische Kapitalismuskritik des marxistischen Spektrums für die politische Rechte fruchtbar zu machen, kritisiert so denn auch die Macher der Zeitschrift „Sezession" des IfS für deren konservatives Denken, das alles „an der persönlichen Entscheidung und dem persönlichen Willen" festmachen wolle. „Dabei ist die ökonomische Betrachtungsweise der Schlüssel zum Verständnis dafür, dass der rechten Sehnsucht nach der persönlichen Entscheidung heute die Grundlage fehlt.", so Schwab.

„Intellektuelle Selbstbefriedigung"

Der Konflikt mit IfS und JF ist des Weiteren auch in einem Gastbeitrag des ehemaligen Dutschke-Stellvertreters Bernd Rabehl über rechte und linke Modernitätskritik unausgesprochen präsent. Beschlossen wird diese Auseinandersetzung schließlich von einer Rezension des ersten Heftes der „Sezession" des Jahres 2008, das dem Schriftsteller Ernst Jünger gewidmet war. Auf einer Seite Text schwankt Arne Schimmer hin und her zwischen Bewunderung der Arbeit Götz Kubitscheks und Karlheinz Weißmanns sowie einer gehörigen Portion Distanz ob mangelnder „Wildheit" der Arbeit.

„Hier&Jetzt" hatte sich von Beginn an innerhalb des rechtsextremen Spektrums elitär und anspruchsvoll platziert. Dieser Linie sind sich die Macher des Blattes treu geblieben. Bemerkenswert ist außerdem, dass mit Angelika Willig und Arne Schimmer zunehmend Redakteure und Autoren ein Blatt für den Landesverband der Jungen Nationaldemokraten Sachsen publizieren, die selbst nur schwer dem jugendlichen Spektrum zuzuordnen sind. Sie bewegen sich schließlich auf die 40 beziehungsweise 50 zu. An einer Breitenwirkung von „Hier&Jetzt" unter jungen Rechtsextremisten in Sachsen darf auch deshalb gezweifelt werden.

Mathias Brodkorb/www.endstation-rechts.de

Verfassungsschutz

Militantes Potenzial

Die NPD baut ihre Führungsrolle im rechtsextremen Spektrum aus.

„Der Rechtsextremismus erfordert die besondere Aufmerksamkeit von Staat und Gesellschaft", sagte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung des aktuellen Jahresberichts des Bundesamts für Verfassungsschutz. Und Wachsamkeit ist nötig. Zunehmend würden sich Rechtsextremisten heute bemühen, „sich in der Mitte unserer Gesellschaft einzunisten – sei es über das Angebot von Nachhilfeunterricht und Sozialberatung oder durch die Organisation von Freizeitaktivitäten", warnte der Innenminister ausdrücklich.

Durch den Wegfall der im Vorjahresbericht noch mit 6000 Anhängern benannten Republikaner ist das rechtsextreme Personenpotenzial insgesamt zusammengeschmolzen. Die in rechtspopulistischen Zusammenhängen im Bericht erwähnte „Bürgerbewegung pro Köln" wird als „eher unbedeutend" eingestuft. Drastische Einbußen muss die einst mitgliederstarke DVU verbuchen, sie hat im vergangenen Jahr nochmal 1500 Mitstreiter (aktueller Stand: 7000) verloren; innerhalb von fünf Jahren sind somit 6000 Parteigänger von der Fahne gegangen, 2001 hatte die DVU sogar 15 000 Mitglieder.

Grund zur Entwarnung gibt es allerdings nicht: Das im aktuellen Bericht mit 31 000 bezifferte Personenpotenzial (minus 7600) setzt sich zu mehr als zwei Drittel aus dem Spektrum der NPD (7200), Neonazis (4400) und militanten Rechtsextremisten einschließlich Skinheads (10 000) zusammen. Die Annäherung zwischen NPD und Neonaziszene habe sich im Jahr 2007 fortgesetzt, konstatieren die Verfassungsschützer. Neonazis seien weiterhin in führenden Funktionen in der Partei vertreten. Wegen der von ihr propagierten „deutschen Volksfront von Rechts" und der Erfolge bei Wahlen sei die NPD für die Neonazi-Szene weiterhin aktiv, heißt es. In der von der NPD dominierten „Volksfront" spiele der Bündnispartner DVU wegen „Inaktivität" eine zunehmend untergeordnete Rolle, wird festgehalten.

Die NPD ist heute die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei. Bayern stellt mit rund 950 Mitstreitern jetzt den größten NPD-Landesverband, Sachsen ist auf 850 (minus 150) zurückgegangen, in Thüringen sollen es bereits 550 sein. Auch die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten konnte sich um 50 Anhänger steigern (400). Nach Meinung der Verfassungsschützer hätten die JN aber für die Neonaziszene eher geringe Bedeutung beziehungsweise würden von den „freien Kameradschaften als ziemlich überflüssig" bezeichnet.

Als „fester Bestandteil des rechtsextremen Spektrums" mit umfangreichen Kontakten zur NPD und zu neonazistischen Kameradschaften wird im Bericht die „Heimatttreue Deutsche Jugend" genannt, deren Zielsetzung es sei, Kinder und Jugendliche an rechtsextremes Gedankengut heranzuführen. Anziehungskraft für junge Menschen besäße auch der aktivistische Politikansatz der „Autonomen Nationalisten", die „Parolen, Symbole und Erscheinungsformen des (militanten) Linksextremismus" übernehmen würden. Bei diesem rund 400 Anhänger zählen Spektrum ließe sich eine „signifikant höhere Gewaltbereitschaft gegenüber dem politischen Gegner und Polizeikräften feststellen", merken die Verfassungsschützer an.

Die rechtsextrem motivierten Gewalttaten sind zwar erfreulicherweise um 6,4 Prozent auf 980 (2006: 1047) Fälle zurückgegangen; nach wie vor hoch ist aber die Zahl der zum Teil brutalen Körperverletzungen, darunter ein versuchtes Tötungsdelikt. Den größten Anteil an den Gewalttaten haben die fremdenfeindlich motivierten Delikte. Die sind zwar mit 414 (484) Vorfällen weniger geworden, parallel dazu haben aber die antisemitischen Gewaltdelikte zugenommen (59; 2006: 43). Die Gewalt gegen politische Gegner ist mit 294 (302) Vorkommnissen auf etwa gleich hohem Niveau geblieben.

In Relation zur Einwohnerzahl hat es 2007 in Brandenburg die meisten rechtsextremen Gewalttaten gegeben. Das Bundesland löst Sachsen Anhalt an der Spitze der Länderstatistik ab, auf dem dritten Platz folgt Thüringen. In Berlin haben sich die Gewalttätigkeiten auf mehr als die Hälfte reduziert, die Stadt rutscht so ins statistische Mittelfeld. Im Gegenzug übernimmt Bremen Platz 4, dort sind die Gewaltdelikte drastisch angestiegen.

Gabriele Nandlinger

Grauzone

Geschichtsmanipulation

Die „Junge Freiheit" deutet eine Studie zur sowjetischen Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg als Beleg für die Präventivkriegsthese um.

Kürzlich erschien die Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), mit folgender Schlagzeile auf der Titelseite: „Rettet die Alleinschuld! Geschichtsdebatte: Das deutsche Urheberrecht für die Eskalation des Zweiten Weltkriegs ist bedroht" (JF 17/2008). Thorsten Hinz berichtet von den Forschungsergebnissen des Historikers Bogdan Musial, der das Buch „Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen" (Berlin 2008) veröffentlichte. Nach der Aussage des JF-Stammautors belege es: „Mit seinem Überfall auf die hochgerüstete Sowjetunion am 22. Juni 1941 ist Hitler einem sowjetischen Angriff auf Deutschland zuvorgekommen". Das Thema sei brisant, „weil das Bekenntnis zur deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg – neben der permanenten Vergegenwärtigung des Holocaust – den einzigen Identitätsanker in diesem sonst identitätslosen Land darstellt." Es berühre den „geschichts- und staatspolitischen Lebensnerv der Bundesrepublik". Mit Freude konstatiert die JF dessen scheinbare Erosion durch ein anderes Geschichtsbild.

Doch wie angemessen ist die referierte und zitierte Deutung von Musials Buch überhaupt? Der Historiker widmet sich in seiner neuesten Studie der sowjetischen Außenpolitik gegenüber dem Westen zwischen 1920 und 1941: Der bolschewistischen Revolutionstheorie sei danach eine weltrevolutionäre Dimension eigen gewesen, welche in einer expansionistischen Militärstrategie und Außenpolitik mündete. Als besonderes Indiz dafür interpretiert Musial die ökonomische Konzentration auf die militärische Aufrüstung. Genaue Belege für konkrete Angriffsabsichten der Sowjetunion für den Herbst 1941 benennt er nicht. Musial geht davon aus, dass ein solches Vorgehen für das Frühjahr 1942 geplant gewesen sei. Viele seiner Ausführungen bewegen sich im Konsens mit der bisherigen Forschung: Die weltrevolutionäre Perspektive hatte Stalin trotz seines Bekenntnisses zum Aufbau des „Sozialismus in einem Land" nie vergessen. Aufrüstung und Expansionsperspektiven prägten auch die Außenpolitik, wofür exemplarisch der Angriff der Roten Armee auf Finnland 1939 und 1940 steht. Doch dieses militärische Desaster zeigte, dass die Truppen Stalins noch nicht einmal ansatzweise für einen Militärschlag gegen die weitaus besser gerüstete deutsche Wehrmacht vorbereitet waren. Wenn Historiker davon ausgehen, dass im Herbst 1941 keine Absicht der Roten Armee zum Einmarsch in Westeuropa bestand, so hat dies nichts mit einem wirklichkeitsfremden Bild von der „friedliebenden Sowjetunion" zu tun. Man wäre schlicht und ergreifend noch nicht bereit dazu gewesen. Diese Auffassung vertritt auch Musial in seinem Buch. Er macht darüber hinaus deutlich, dass die Hitler-Regierung keineswegs von einem Angriff auf die Sowjetunion ausging. Dafür gibt es weder für die NS-Führung noch für die Wehrmacht historische Belege. Selbst wenn demnach die Sowjetunion einen Angriff beabsichtigt hätte, könnte man nicht von einem Präventivkrieg des NS-Regimes sprechen. Dies sieht nicht nur Musial so, sondern auch Herbert Ammon in seiner Rezension von dessen Buch in der gleichen Ausgabe der JF (S. 15).

Was macht nun aber der JF-Autor daraus? Hinz behauptet, Musial hätte trotz einiger „Verneigungen vor geschichtspolitischen Geßlerhüten" die These vom Präventivkrieg belegt. Das genaue Gegenteil ist allerdings der Fall. Offenkundig ist diese fehlerhafte Deutung durch ideologische Voreingenommenheit bedingt. Neben dieser falschen Darstellung der Positionen eines Historikers verdient der JF-Artikel aber auch wegen einiger demokratietheoretisch interessanter Implikationen Interesse. Die Zeitung stellt folgendes Zitat aus dem Text gesondert heraus: „Die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg stellt den einzigen Identitätsanker dar." Diese Einschätzung bezieht sich auf den „Lebensnerv der Bundesrepublik". Wenn demnach die These von der „Alleinschuld" falle, so berühre dies auch die Legitimationsgrundlage der politischen Ordnung. Genau dieser Zusammenhang erklärt, warum derartige manipulative Umdeutungen des Geschichtsbildes für die JF offenbar von so großer Bedeutung sind. Ihr geht es erkennbar darum, mit einer insgesamt wohlwollenderen Perspektive auf die NS-Vergangenheit den „staatspolitischen Lebensnerv der Bundesrepublik" zu treffen. Exemplarisch steht der Artikel aber für bedenkliche Ideologien sowie für schlechten Journalismus. *Armin Pfahl-Traughber*

Demokratische Initiativen

Schnelle Hilfe

Ein neues Projekt bietet Online-Beratung gegen Rechtsextremismus an.

Nicht jeder, der feststellen muss, dass sich das eigene Kind, ein Mitschüler oder ein Kollege rechtsextrem äußert, hat eine geeignete Beratungsstelle im Ort, an die er sich wenden kann. Und auch in Orten, wo es solche Einrichtungen gibt, möchten manche Betroffene das Problem nicht unbedingt an die große Glocke hängen. Für all' diese Menschen ist die Mitte Mai gestartete „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus" gedacht.

„Leitgedanke des Projektes ist es, ganz nah bei den Menschen zu sein", erklärte zum Start des Online-Portals Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellvertretende Vorsitzende von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V". Der Verein hat innerhalb eines Jahres das neue Angebot entwickelt und wird es künftig mit drei fachkompetenten Berater/innen betreiben. Unterstützt wird das Projekt von der Bundeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut".

„Mit dem neuen Angebot können wir eine Lücke schließen", sagte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale. „Bisher existierten bereits umfassende Informationsangebote im Internet zum Thema Rechtsextremismus, ebenso die systematische Beobachtung rechtsextremer Internet-Sites. Die neue Online-Beratung bedeutet, schnell einen Zugang zu Hilfe und Beratung zu erhalten."

Michael Flood wäre über ein solches Angebot froh gewesen. Doch als der Familienvater aus einer bayerischen Kleinstadt vor einigen Jahren feststellen musste, dass sein ältester Sohn in der rechtsextremen Szene fest verankert war, gab es keine passende Anlaufstelle für die Angehörigen. „Wir haben vier Jahre Horror erlebt", stellte Michael Flood fest. „Am Ende hat uns das Jugendamt in eine Familientherapie vermittelt, die uns weitergeholfen hat. Mit einer Online-Beratung hätten wir allerdings sehr viel früher beginnen können, unsere Probleme zu lösen."

Genau darum geht es „Gegen Vergessen – Für Demokratie": Betroffene sollen nicht erst hohe Hemmschwellen überwinden müssen, bevor sie geeignete Hilfe erhalten. „Die Beratung ist anonym, vertraulich, kostenlos und kompetent", brachte Cornelia Schmalz-Jacobsen die Grundprinzipien des neuen Angebots auf den Punkt. Auch Aussteiger aus der rechtsextremen Szene erhalten hier eine Erstberatung, werden dann allerdings in die vorhandenen Fachberatungen weitervermittelt.

Wer unter www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de auf die Startseite gelangt, findet dort Antworten auf viele Fragen. So gibt es hier kurze Schilderungen anderer Betroffener, die zeigen, dass Rechtsextremismus in der eigenen Familie, Schulklasse oder Firma kein Einzelphänomen ist. „Außerdem haben wir eine lange Liste mit Links zu bestehenden Beratungseinrichtungen sowie eine Geodatenbank eingestellt, die es Ratsuchenden ermöglicht, nach einer Anlaufstelle in der Nähe ihres Wohnorts zu suchen", erklärte Andreas Eberhardt, Geschäftsführer von „Gegen Vergessen – Für Demokratie".

Jeder, der per E-Mail anonym konkret um Rat und Hilfe bittet, erhält innerhalb von drei Tagen eine Antwort der Berater/innen. Für die eigentliche Beratung hat der Verein einen eigenen Server eingerichtet, um sowohl die Vertraulichkeit der Anfragen zu gewährleisten wie auch mögliche Angriffe von Hackern aus dem rechtsextremen Umfeld zu verhindern. Neben der individuellen Beratung per Mail bietet „Gegen Vergessen – Für Demokratie" auch regelmäßige Sprechstunden an: Hier können sich im Internet-Chat Betroffene mit ähnlichen Erfahrungen, etwa Eltern oder Kollegen rechtsextremer Jugendlicher, direkt miteinander austauschen. Darüber hinaus wird ein gesonderter Gruppen-Chat für Schulklassen angeboten.

„Wir sind gespannt, wie die Resonanz auf dieses neue Angebot ausfallen wird", sagte Andreas Eberhardt. Nach den Erfahrungen während der Testphase geht er von einer erheblichen Nachfrage aus. Ausdrücklich soll die Online-Beratung nicht als Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen verstanden werden, sondern als Ergänzung. So hat der Verein beim Aufbau des Portals auch auf das Know-how anderer Beratungsangebote zurückgegriffen.

Gudrun Giese

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de; www.gegen-vergessen.de

Blick in die Zeitgeschichte

Kostspieliges Monster

Im Juni vor 70 Jahren haben die Nazis mit dem Bau des gigantischen Westwalls begonnen.

Er galt als uneinnehmbar, als eine Befestigungsanlage, die ihresgleichen in der Welt nicht hatte. Im Winter 1944/45, als vor allem amerikanische Soldaten auf dem Vormarsch ins Rheinland waren, hatten die GIs freilich mehr gegen Nebel und Winterwetter zu kämpfen als mit den Bunkern und Geschützstellungen des Westwalls.

Mit dem Bau war auf Befehl Hitlers vor 70 Jahren Anfang Juni 1938 begonnen worden. Einen offiziellen Grund dafür gab es nicht. Kein westeuropäischer Staat dachte auch nur im Entferntesten daran, das „Dritte Reich“ anzugreifen. Die drei Benelux-Staaten waren viel zu schwach, Frankreich befand sich mitten in einer tiefen innenpolitischen, wirtschaftlichen und moralischen Krise, folglich zu einem Angriff auf den hochgerüsteten östlichen Nachbarn weder willens noch fähig. Für den Bau einer so aufwendigen Verteidigungsanlage gab es folglich keinen Grund.

Auch die Maginot-Linie, Frankreichs 150 Kilometer lange Verteidigungsanlage an seiner Ostgrenze, war kein Grund. Die nach Kriegsminister Andre Maginot genannte Bunkeranlage war 1932, ein Jahr vor dem Machtwechsel in Deutschland, fertig gestellt worden. Sie bot freilich kein wirkliches Hindernis, als deutsche Truppen im Mai 1940 Frankreich angriffen und binnen sechs Wochen besiegten. Die Panzerverbände umgingen die Maginot-Linie im Norden, verletzten die Neutralität der Beneluxstaaten und kesselten die französischen Verbände von hinten ein.

Wozu also der riesige Aufwand für den Westwall? Die Wissenschaft hat dafür noch keinen überzeugenden Grund gefunden. Der gewaltige Aufwand ist dagegen erforscht. Die Bunkerkette reichte von der Schweizer Grenze über den Oberrhein, den Pfälzer Wald und das Saargebiet bis ins Rheinland nördlich von Aachen und war 630 Kilometer lang. Kernstück des Walls bildeten 14 000 Bunker, Kampfanlagen und Unterstände mit der Höckerlinie gegen Panzerangriffe. Gekostet hat das Monster 3,5 Milliarden Reichsmark (RM). Verbaut wurden acht Millionen Tonnen Zement, das waren 20 Prozent der deutschen Jahresproduktion, 1,2 Millionen Tonnen Eisen (fünf Prozent der deutschen Jahresproduktion) und knapp eine Million Festmeter Holz (acht Prozent der Jahreseinschlagmenge). Bis zum Anschluss der Bauarbeiten im September 1939 erreichten täglich bis zu 8000 Eisenbahnwaggons die Baustellen. Hinzu kamen ungezählte Schiffe und Lastkraftwagen. Der Aufwand war also riesig. Neben dem „Deutschen Arbeitsdienst“ und Transportorganisationen waren auf den Baustellen 100 000 Arbeitskräfte der Festungspionierstäbe des Heeres und 350 000 Angehörige der „Organisation Todt“ (O. T.) tätig. Diese Organisation war 1938 auch im Zusammenhang mit dem Westwall gegründet worden. Sie blieb während des Zweiten Weltkrieges auf allen großen Baustellen an und hinter der Front sowie beim Bau von Luftschutzbunkern in Deutschland im Einsatz. Nach Todts Tod Anfang 1942 übernahm Rüstungsminister Albert Speer die Leitung der O. T.

Während des Krieges hat weder der Westwall noch sein Gegenüber, die Maginot-Linie, eine strategische Rolle gespielt. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 kamen England und vor allem Frankreich ihrer Bündnispflicht gegenüber Polen nur zögernd nach. Nach der Unterwerfung Polens Mitte September 1939 wartete Berlin bis zum Mai 1940, ehe es den „Erzfeind“ Frankreich angriff und in nur etwa sechs Wochen besiegte. Derweil rosteten Westwall und Maginot-Linie vor sich hin. Nach der Katastrophe von Stalingrad kehrte der Krieg ziemlich rasch nach Westeuropa zurück. Mit der Landung der Westalliierten zuerst in Italien 1943 und im Sommer 1944 an der französischen Küste wurden die deutschen Kräfte in Frankreich verstärkt, konnten aber gegen die Übermacht der Westmächte fast nichts ausrichten. Weil der Wehrmacht buchstäblich alles fehlte, wurden die Bunker des Westwalls ausgeschlachtet. Als dann während des Winters 1944/45 die Westmächte nach Deutschland vordrangen, war der Westwall nichts mehr wert. So gelang Amerikanern, Briten und Kanadiern ziemlich schnell der Vormarsch über den Rhein, das letzte wirklich ernst zu nehmende Hindernis. Die letzten Höcker des Westwalls überdauerten die Zeit länger als ein halbes Jahrhundert. Heute sind sie entfernt worden oder von der Natur überwuchert.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Berichtigung

In der Ausgabe „blick nach rechts“ 10/2008 vom 08. Mai 2008 ist uns in der Meldung "Nationale" Russlanddeutsche (Unna) bedauerlicherweise eine Namensverwechslung unterlaufen. Richtig ist, dass als Referent bei der Tagung der Deutschen Akademie Johann Thießen aus Nordrhein-Westfalen aufgetreten ist.

Redaktion bnr.de

Als Schöffe ungeeignet

Villingen-Schwenningen – Der rechtsextreme Multifunktionär Jürgen Schützinger (Jg. 1953) wurde in der baden-württembergischen Schwarzwaldstadt Villingen-Schwenningen von der Schöffenliste gestrichen. „Als Schöffe ist er ungeeignet, nicht zuletzt, weil er vom Verfassungsschutz beobachtet wird“, erklärte die CDU-Stadträtin Renate Breuning. Schützinger ist seit Oktober 2005 baden-württembergischer NPD-Landesvorsitzender. Seit 1984 gehört er dem Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises an und ist seit 1980 Mitglied des Gemeinderates in Villingen-Schwenningen. Da die nächste Schöffenwahl in Villingen-Schwenningen in diesem Jahr ansteht und einige Schöffen ausscheiden müssen, wurde eine neue Liste aufgestellt. Auf dieser Liste befindet sich noch Bernd Stephan, der im Januar 2007 in den DLVH-Sprecherrat des KV Schwarzwald-Baar gewählt wurde. „Auch der muss runter“, zitierte die „Neue Rottweiler Zeitung“ die Stadträtin Renate Breuning (am)

Publizistische „Kräftebündelung“

Hohenberg (Landkreis Aalen) – Die beiden rechtsextremen Zeitschriften „Volk in Bewegung“ (ViB) von Andreas Thierry und „Der Reichsbote“ von Rigolf Hennig arbeiten zusammen. Mit der ersten Ausgabe des laufenden Jahres erscheinen die Publikationen erstmals gemeinsam, „um durch Bündelung der Kräfte Spielraum für die auf uns zukommenden schweren Aufgaben zu schaffen“, so Rigolf Hennig in seinem Editorial. Der „Reichsbote“ erscheint als Einleger der ViB im altbekannten Layout. Im vergangenen Jahr veröffentlichte ViB bereits einen Beitrag des 73-jährigen Verdener Medinizers sowie eine Kleinanzeige für seinen „Reichsboten“. Die ViB wurde anfänglich vom neonazistischen Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft um Lars Käppler herausgegeben, ehe dieser vor rund einem Jahr „sowohl aus der Schriftleitung als auch aus dem Verlag ausgeschieden“ ist. Seither bestimmt Thierry, er fungiert seit April 2007 als dritter stellvertretender NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, von der 2004 erworbenen Immobilie in Hohenberg aus den Kurs von Verlagshaus Hohenberg und Volk in Bewegung. Zudem ist die NPD-Landesgeschäftsstelle dort untergebracht. Ende April führten die beiden vereinten Publikationen ein gemeinsames Verfasser- und Lesertreffen im Großraum Altmark durch. (xy)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de